

Stadt Heidelberg
Dezernat I, Referat 01

**Unterzeichnung der Verpflichtungen von
Aalborg durch die Stadt Heidelberg**

Beschlussvorlage

Beschlusslauf!

Die Beratungsergebnisse der einzelnen
Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung	Zustimmung zur Beschlussempfehlung	Handzeichen
Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss	12.10.2004	N	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein <input type="radio"/> ohne	
Umweltausschuss	20.10.2004	N	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein <input type="radio"/> ohne	
Gemeinderat	18.11.2004	Ö	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein <input type="radio"/> ohne	

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss sowie Umweltausschuss empfehlen folgenden Beschluss des Gemeinderates: Der Gemeinderat begrüßt die Unterzeichnung der Verpflichtungen von Aalborg (Aalborg Commitments) durch die Stadt Heidelberg. Diese internationalen Verpflichtungen unterstreichen die Notwendigkeit, die Ziele des Stadtentwicklungsplans Heidelberg 2010, Heidelbergs Lokaler Agenda, weiterhin mit Nachdruck zu verfolgen, umzusetzen und fortzuschreiben.

Anlagen zur Drucksache:	
Lfd. Nr.	Bezeichnung
A 1	Aalborg+10 (The Aalborg Commitments, deutsche Übersetzung)

Sitzung des Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschusses vom 12.10.2004

Ergebnis: einstimmige Zustimmung zur Beschlussempfehlung

Sitzung des Umweltausschusses vom 20.10.2004

Ergebnis: einstimmige Zustimmung zur Beschlussempfehlung

Sitzung des Gemeinderates vom 18.11.2004

Ergebnis: beschlossen

Begründung:

Die nachhaltige Entwicklung aller Städte und Gemeinden dieser Erde ist und bleibt die wichtigste politische Herausforderung. Die UN-Konferenz von Rio hat 1992 zum ersten Mal in aller Deutlichkeit die Kommunen aufgefordert, bei der Umsetzung der Agenda 21 eine aktive Rolle zu übernehmen, in einen Dialog mit den örtlichen Organisationen und der Wirtschaft einzutreten und eine Lokale Agenda 21 zu beschließen. Denn auf keiner anderen als auf der kommunalen Ebene haben die Bürgerinnen und Bürger die Chance, ihr Gemeinwesen nachhaltig selbst zu gestalten.

Doch erst die Charta von Aalborg (1994) war für alle europäischen Städte der entscheidende Schritt auf dem Weg zu einer Politik der nachhaltigen Entwicklung. Denn in Aalborg wurde vor 10 Jahren erstmals ein Handlungsprogramm erarbeitet und unterzeichnet. Es gab nicht „nur“ eine Erklärung, sondern auch den Beginn einer Kampagne und (ganz entscheidend) die kommunalen Handlungsprogramme. Die Devise war, aus Erfahrungen und erfolgreichen kommunalen Beispielen lernen, sich gegenseitig ermutigen und langfristige Aktionspläne (lokale Agenden) aufzustellen.

Die Unterzeichnung der Charta von Aalborg war daher auch für uns in Heidelberg die „Initialzündung“ für die Erarbeitung eines neuen Stadtentwicklungsplans (STEP) unter dem Motto „Verantwortung für die Zukunft“. Vorausgegangen war die Diskussion und Verabschiedung eines neuen Verkehrsentwicklungsplanes. Das Ziel war die Förderung eines umwelt- und stadtverträglichen Verkehrs (von der EGO-Mobilität zur ÖKO-Mobilität). Vorausgegangen war auch die Erstellung eines neuen Tourismusleitbildes: die Umorientierung hin zu einem sozialen umweltverträglichen Städtetourismus.

Die 10 Aalborg Commitments (siehe Anlage) sind eine konsequente Fortsetzung der Charta von Aalborg, da sie deren Ziele operationalisieren. D.h. es werden konkrete Vorgaben gemacht, was erreicht werden soll.

Für Heidelberg besonders erfreulich ist, dass die Commitments in weiten Teilen den Zielen entsprechen, die in den einzelnen Bereichen des STEP genannt werden. Das bedeutet, Heidelberg ist bereits auf dem Weg der Umsetzung der Commitments. Die Unterzeichnung der Commitments ist deshalb eine Bestätigung unserer bisherigen Politik.

Die Verpflichtung, die wir mit der Unterzeichnung der Commitments eingehen, bedeutet:

„Wir (die europäischen Städte und Gemeinden) nehmen eine zentrale Rolle bei der Sicherung der Nachhaltigkeit ein, wenn wir uns in Kooperation mit allen anderen staatlichen Bereichen unseren Herausforderungen stellen. Diese zentrale Rolle verlangt von uns einen aktiveren und integrierten Ansatz in der kommunalen Politikgestaltung und die Harmonisierung ökologischer, sozialer, kultureller und wirtschaftlicher Ziele. Gleichzeitig müssen wir sicherstellen, dass unsere Bemühungen, die Lebensqualität in unseren Städten und Gemeinden zu verbessern, nicht die Lebensqualität der Menschen in anderen Teilen der Welt oder die zukünftiger Generationen gefährdet.“

Unsere kommunale Ebene hat tagtäglich den engsten Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern Europas. Wir besitzen die einzigartige Chance, individuelles Verhalten im Sinne der Nachhaltigkeit zu beeinflussen.“

Die Unterzeichnung der Commitments steht in einer langjährigen Tradition unserer Politik der nachhaltigen Entwicklung für Heidelberg:

- 1991 Beitritt zum Netzwerk „Gesunde Städte“
- 1991 Heidelberg-Deklaration zum Klimaschutz
- 1992 Beginn der Stadtteilrahmenplanung, inzwischen für 11 von 14 Stadtteilen abgeschlossen
- 1993 Tourismusleitbild
- 1994 Unterzeichnung der Charta von Aalborg
- 1994 Verkehrsentwicklungsplan

- 1996 Auszeichnung „Bundeshauptstadt für Natur- und Umweltschutz“
- 1997 Verabschiedung: Stadtentwicklungsplan Heidelberg 2010: Heidelbergs Lokale Agenda
- 1997 Erste Auszeichnung mit dem „European Sustainable City Award“
- 1997 Bundespreis „Tourismus und Umwelt“
- 1998 – 2003 ExWoSt „Städte der Zukunft“ – Modellstadt Heidelberg
- 1999 Umweltplan
- 1999 Einrichtung des Agenda-Büros
- 2001 Aufnahme ins Programm „Die Soziale Stadt“
- 2002 Erster Bericht zur Umsetzung des Stadtentwicklungsplans Heidelberg 2010
- 2002 Verabschiedung der „Energiekonzeption der Stadt Heidelberg“
- 2003 Erneute Auszeichnung mit dem „European Sustainable City Award“
- 2004 Unterzeichnung der „Heidelberg Declaration“ zum kommunalen Klimaschutz

Die Stadt Heidelberg hat also bereits einen intensiven Agenda-Prozess zur Definition der Leitlinien und Ziele durchlaufen und befindet sich seit einigen Jahren in der Umsetzungsphase. Eine Aktualisierung der Zielsetzungen unter besonderer Berücksichtigung des demographischen Wandels wird durch die für das Jahr 2005 vorgesehene Fortschreibung des STEP gewährleistet. Der Gemeinderat wird zu gegebener Zeit dazu noch ausführlich informiert werden.

Obwohl die Umsetzung der Ziele unseres STEP eine Daueraufgabe ist, haben wir bewusst ein Berichts- und Beobachtungssystem beschlossen, mit dem der Umsetzungserfolg überprüft werden soll. Dies entspricht der Forderung der Commitments nach einem regelmäßigen Berichtswesen.

Zur Zeit entwickeln wir ein neues Konzept, wie alle wichtigen Maßnahmen und Projekte auf ihre Nachhaltigkeit hin überprüft werden können. Das bedeutet im ersten Schritt, dass alle wichtigen Beschlussvorlagen in der Verwaltung – bevor sie in die Beratung und Entscheidung in den Gemeinderat gehen – anhand der Ziele des STEP geprüft und beurteilt werden (derzeit noch verwaltungsintern). Unser Ziel ist, den Mitgliedern des Gemeinderates die Möglichkeit zu geben, die Überprüfung der geplanten Maßnahme in ihre Entscheidung einzubeziehen und entsprechende politische Konsequenzen zu ziehen. Wichtig ist, dass die Überprüfung von dem am Projekt Beteiligten selbst vorgenommen wird, denn nur so wird das Bewusstsein für Nachhaltigkeit in den Köpfen der Akteure gefördert und gefestigt.

In einem weiteren Schritt möchten wir auch für Heidelberg ein Indikatorensystem entwickeln. Es geht um ein Instrument, das uns erlaubt zu überprüfen, ob die eingeleiteten Maßnahmen auch tatsächlich zu einer nachhaltigen Entwicklung Heidelbergs beigetragen haben.

Unsere Gesellschaft denkt nicht gerade offensiv in die Zukunft. Es herrscht eher eine beinahe kollektive Resignation vor. Das behindert auch das Nachhaltigkeitsdenken.

Umso wichtiger sind neue Anstöße und Wegweisungen, wie sie von der Aalborg+10-Konferenz und den dort beschlossenen Commitments ausgehen sollen. Wenn wir erneut unsere Führungsrolle in Sachen Nachhaltigkeit ernst nehmen wollen, müssen wir die Chance nützen, die Verpflichtungen mit Ideen und Aktivitäten zu füllen. Das ist nicht nur eine Aufgabe der Politik, sondern eines jeden und einer jeden in unserer Stadt.

Es geht dabei um Kursbestimmungen ebenso wie um das konsequente Verfolgen langfristiger Perspektiven, in neuen Koalitionen unterschiedlicher Akteure und in unterschiedlichen Formen von Bürgerbeteiligung.

gez.

Beate Weber